

Redebeitrag der Stadtverordneten Manuela Schon in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 9. Februar 2012 zu TOP 4 (12-V-02-0001 - Strategischer Partner für die HSK)

Stadtverordnete:
Hartmut Bohrer
Michael Göttenauer
Manuela Schon
Hendrik Seipel-Rotter
Veit Wilhelmy

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
Sehr geehrte Damen und Herren,
Sehr geehrte Kolleginnen von CDU und SPD,

in Sachen Wohl der Beschäftigten wollen Sie der Öffentlichkeit wohl ein X für ein U vormachen: Natürlich sind die Arbeitsplätze sicher, trotz Sozialfonds in zweistelliger Millionenhöhe für strukturelle und personelle Maßnahmen, von dem auch noch jedes Jahr die Verpflichtung besteht ein Drittel in Anspruch zu nehmen. Die gleiche Zusage bis 2010 gab Rhön in Marburg/Gießen - dennoch waren dort dann von 9.500 Stellen nur noch 7.200 übrig. Ein Stellenabbau von fast 25% nur durch Fluktuation, vorzeitigen Ruhestand und Teilzeitarbeit. Zusammengefasst ist die von Rhön ausgesprochene Beschäftigungsgarantie, die Sie so über den Klee loben, also löchrig wie ein Schweizer Käse. Was ist mit den Beschäftigten der DKD und Aukammklinik? Äußern Sie sich bitte einmal dazu was mit diesen passiert, wenn die stationären Betten wie vorgesehen von der DKD an die HSK verlegt werden. Oder meinen Sie etwa, das geht uns nichts an?

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
Ein arbeitsloser Mensch kostet im Schnitt mindestens 1.000 € monatlich für ALG II plus Miete. Bei 1.000 Arbeitslosen macht das 1.000.000 € monatlich oder 12 Millionen im Jahr. In Mittelhessen ist damit ein gesellschaftlicher Schaden von weit mehr als 24 Millionen Euro / Jahr entstanden. Selbstverständlich geht das uns etwas an!

Die Abkehr vom TVÖD und der Übergang zu Haustarifverträgen sind im Vertragswerk ja bereits schwarz auf weiß festgehalten. Wieso sollten die Lohnsenkungen in Wiesbaden niedriger sein als die 20% in Mittelhessen? Wiedereinstellung nach 9-monatigen Beschäftigungsmaßnahmen zu schlechteren Konditionen - auch das droht!

Erst im April 2011 haben neun Assistenzärzte des Uniklinikums Marburg/Gießen eine Überlastungsanzeige gestellt. Darin hieß es: "Die physische und psychische Belastung der Pfleger und Ärzte ist nicht mehr tragbar". Ein Jahr zuvor warnten bereits Oberärzte der Kinder- und Jugendmedizin: "In absehbarer Zukunft ist die Klinik nicht mehr in der Lage, den aktuellen hohen Standard bezüglich Patientenversorgung und Patientensicherheit unter Einhaltung arbeitsrechtlicher Vorgaben zu gewährleisten".

Wie Sie Ihre Behauptung die Privatisierung ginge nicht zu Lasten der Beschäftigten und Patient_innen angesichts dieser einschlägigen Erfahrungen aufrechterhalten möchten ist und bleibt allein ihr Geheimnis.

Zu denken geben müsste Ihnen auch der unrühmliche Umgang der Rhön AG mit Privatisierungsgegner_innen: Kritiker_innen der Privatisierung in Marburg/Gießen, darunter auch Ärzt_innen, wurden von der Rhön AG mit juristischen Mitteln mundtot gemacht. Ist das der demokratische Stil, den wir zukünftig auch in Wiesbaden pflegen wollen?

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
in einem STERN-Artikel heißt es über den Gründer des Rhön Konzerns: „Was [Eugen Münch] sagt, ist knochenharter Klinikkapitalismus: Patienten sind bei ihm "Fälle", Operationen "Stückkosten" [...] Gesundheit als Ware: Keiner hat die Krankenhauslandschaft so umgekrempelt wie [Münch, der] seit 30 Jahren ein Krankenhaus nach dem anderen kauft." Ihre Absichten aus einem kommunalen Krankenhaus einen kapitalistischen Betrieb zu machen, sind und bleiben unverantwortlich.

Der Frankfurter Arzt Dr. Bernd Hontschik schrieb am 18. Februar 2011 in der Frankfurter Rundschau: "Die Kommunen sind verschuldet wie noch nie. Die Rhön Klinikum AG hat sich gerade 500 Millionen Euro auf dem Kapitalmarkt besorgt. Sie kann nun lauern: auf ihre nächsten Opfer. [...] Der Raub besteht darin, dass die Rhön Klinikum AG [die Gewinne] an ihre Aktionäre ausschüttet. Diese stammen aus dem Solidarsystem der Beitragszahler, aber sie werden dort nie wieder ankommen."

Wir sind sicher, dass die Privatisierungsskepsis, die in Dresden aktuell zu einer Ablehnung von 84% zur Umwandlung eines Eigenbetriebs in eine GmbH geführt hat, sich auch in Wiesbaden durchsetzen wird. Von einer materiellen Privatisierung halten die Menschen noch weniger als von einer formalen. Die Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger werden deshalb in dieser Frage das letzte Wort haben.

Wer versucht das Bürgerbegehren als undemokratisch abzutun begibt sich auf dünnes Eis: Ein erfolgreicher Bürgerentscheid muss ein Quorum von 25% der Wahlberechtigten erreichen. SPD und CDU haben zusammen 61,6% von 41,2% der Stimmberechtigten bekommen, das entspricht 25,4% der Stimmen. Wer also einem Bürgerentscheid seine demokratische Legitimation abspricht, tut dies ebenso für die Mehrheitskoalition.

Medizinisch motivierten Entscheidungen gehört der Vorrang vor der Einhaltung betriebswirtschaftlicher Vorgaben. Der Kapitalismus hat im Krankenhaus nichts zu suchen. Die Bevölkerung hat dies längst kapiert - sie werden es auch noch lernen!